

Herzblut braucht keine Gehaltserhöhung

Es gibt Dinge, die gehören zu Graubünden wie der Steinbock auf den Felsen, die Gerstensuppe in der Berghütte und der leise Stolz auf unser Milizsystem: Wir machen Politik nicht, weil man davon reich wird. Wir machen Politik, weil uns unser Kanton am Herzen liegt. Nun aber geisterte an der letzten Session ein Gedanke durch die Hallen unseres Grossen Rates: Sollten wir uns vielleicht selber ein bisschen mehr Entschädigung gönnen? Nur die SVP Fraktion stimmte dagegen. Machen wir uns nichts vor: Wer wegen des Geldes in den Grossen Rat gewählt werden will, hat die Aufgabe falsch gelesen. Ein Grossratsmandat ist kein Job, kein Karriere-Sprungbrett und erst recht kein Selbstbedienungsladen. Es ist ein Ehrenamt im besten Sinne des Wortes – ein Dienst an der Allgemeinheit. Politiker wird man aus Überzeugung, aus Leidenschaft für die Täler, die Sprache und die Menschen unseres Kantons. Wer glaubt, dass wir ohne höhere Entschädigung keine fähigen Köpfe mehr finden, möge einen Blick auf die Zahlen der letzten Wahlen werfen: 522 Kandidatinnen und Kandidaten haben sich um einen Sitz beworben! Das sind mehr Anwärter als Steinböcke im Nationalpark. An Nachwuchs und Engagement fehlt es unserem Kanton ganz offensichtlich nicht. Es stehen genug Bündnerinnen und Bündner bereit, die diese Verantwortung mit Stolz tragen – und zwar genau für das, was es ist: eine Ehre, kein Lohnzettel. Wenn wir anfangen, Politikerentschädigungen an die Mechanismen des freien Marktes anzupassen, schaffen wir das Milizsystem schrittweise ab. Dann haben wir bald keine Volksvertreter mehr, sondern Politiker, die nach der Session erst einmal die Spesenabrechnung optimieren. Die Grundhaltung unserer Bevölkerung ist klar. Es reicht ein kurzer Blick zurück an die Urne: Erst vor kurzem hat das Bündner Stimmvolk die SVP-Initiative zur Abschaffung der «goldenen Fallschirme» für Regierungsräte mit einer wuchtigen Mehrheit angenommen. Die Botschaft der Bürgerinnen und Bürger war unmissverständlich: Schluss mit fürstlichen Absicherungen und übertriebenen Privilegien in politischen Ämtern! Wer geglaubt hat, nach diesem klaren Votum des Volkes sei der Moment günstig, um beim eigenen Sackgeld nachzubessern, hat das Signal von der Urne gründlich missverstanden. Das Bündner Stimmvolk will keine vergoldete Politik – weder in der Regierung noch im Grossen Rat. Lassen wir die Kirche im Dorf – oder besser: das Bündner Milizprinzip im Ratssaal. Wer mehr Geld verdienen will, findet in der freien Wirtschaft genügend Gelegenheiten. Es herrscht Fachkräftemangel. Wer aber unser Kanton Graubünden mitgestalten will, tut das aus Herzblut. Und Herzblut braucht keine Gehaltserhöhung.

Reto Rauch, Grossrat Engiadina Bassa